
6653/J XXV. GP

Eingelangt am 02.10.2015

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Cornelia Ecker
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft

bezüglich Einsatz von Glyphosat.

Der Agromulti Monsanto hat 1974 das glyphosathältige Herbizid Roundup auf den Markt gebracht. Heute wird Glyphosat von verschiedenen Firmen produziert und vertrieben, weltweit ist es das am Meisten eingesetzte Unkrautvernichtungsmittel. Glyphosat und dessen Einsatz hat zur Entwicklung von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen geführt. Gensoja ist heute zu 95 Prozent genresistent.

Spätestens seit eine Studie der WHO ist Glyphosat im Kreuzfeuer der Kritik, steht das Mittel doch in unbedingten Verdacht krebserregend zu sein. Die Weltgesundheitsorganisation hat es in die zweithöchste Risikostufe eingeordnet. Weitere Studien untermauern mittlerweile diesen Verdacht.

Der Salzburger Landtag hat in der letzten Woche bereits angekündigt ein völliges Verbot von Glyphosat durchsetzen zu wollen, die hier unterzeichnenden Abgeordneten sehen auch beim Ministerium Handlungsbedarf.

Die unterzeichnenden Abgeordneten richten daher folgende

Anfrage

1.) Welche glyphosathältigen Mittel sind in Österreich zugelassen?
2.) Wurden die hier aufgelisteten Mittel vom Bundesministerium untersucht, besonders was die Gesundheitsgefährdung der Menschen betrifft? Zu welchem Ergebnis ist das Bundesministerium gekommen?
3.) Wie hat sich der Verkauf von glyphosathältigen Mitteln in den letzten 10 Jahren entwickelt? Wo wurden welche Mengen vertrieben und wo wurden welche Mengen eingesetzt?
4.) Gab es Kontakte der Industrie mit VertreterInnen des Bundesministeriums und deren angeschlossenen Institutionen bezüglich glyphosathaltiger Mittel? Wann, wo und mit wem fanden diese Gespräche statt?
5.) Auf welche wissenschaftliche Studien stützt sich das Ministerium bei der

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Annahme, dass Glyphosat unbedenklich ist. Es wird ersucht die betreffenden Studien der Anfragebeantwortung beizufügen.

6.) Im Sinne des Vorsorgeprinzips gilt es zu handeln. Welche weiteren Studienergebnisse werden seitens des Bundesministers benötigt um ein Verbot von glyphosathältigen Mitteln zu befürworten?
7.) Überdenkt das Bundesministerium den Verkauf von glyphosathältigen Mitteln im Einzelhandel auszusetzen? Eine Untersuchung von Global 2000 hat ergeben, dass die Beratung bei wahrscheinlich krebserregenden Mitteln unzureichend ist. (<https://www.global2000.at/presse/einkaufstest-hobbyg%C3%A4rtnerinnen-werden-nicht-%C3%BCber-krebsrisiko-von-glyphosat-informiert>)
8.) Welche Maßnahmen trifft das Bundesministerium um Risikogruppen, die mit den glyphosathältigen Mitteln in Kontakt kommen, zu schützen?
9.) Wird das Bundesministerium die Enderbraucher darüber aufklären, dass Glyphosatrückstände in Lebensmitteln zu finden sind und dass es Studien gibt, welche das Mittel als krebserregend einstufen?
10.) Welche konkreten Maßnahmen und Ziele setzt das Bundesministerium um die Belastung von Lebensmitteln mit Glyphosat zu reduzieren?